



Amt der Tiroler Landesregierung

Verfassungsdienst

An das  
Bundesministerium für  
Finanzen  
Hintere Zollamtsstraße 2b  
1030 Wien

*E-Mail*

*Dr. Marold Tachezy*  
*Telefon: 0512/508-2210*  
*Telefax: 0512/508-2205*  
*E-Mail: verfassungsdienst@tirol.gv.at*  
*DVR: 0059463*

---

**Entwurf über ein Bundesgesetz, mit dem das Finanzprokuratorgesetz neu erlassen wird; Stellungnahme***Geschäftszahl* Präs.II-1649/2*Innsbruck, 04.04.2008*

Zu GZ. BMF-321100/0005-I/20/2007 vom 5. März 2008

Aus der Sicht der vom Land Tirol zu vertretenden Interessen besteht gegen die vorgesehene Reorganisation der Finanzprokurator grundsätzlich kein Einwand.

Da auch die Länder zunehmend mit Mitteln des Privatrechts handeln, benötigen auch sie einen Vertrauensanwalt, der sie im Interesse des Landes und unabhängig von äußeren Einflüssen, bestmöglich rechtlich berät und vertritt. Die Länder verfügen auch über derartige Einrichtungen („Justizariate“), deren Bedienstete ein besonderes anwaltliches Fachwissen und umfassende Kenntnis der Zusammenhänge in der Landesverwaltung und bei den zugehörigen ausgegliederten Rechtsträgern aufweisen (Rechtsanwaltsprüfung; Dienstprüfung). Diesen Einrichtungen stehen aber, im Unterschied zur Finanzprokurator, bei der Beratung und Vertretung nicht die Rechte eines Rechtsanwaltes zu. Sie haben sich daher, soweit Anwaltpflicht besteht, bei der gerichtlichen Vertretung, ungeachtet der Qualifikation ihrer Bediensteten, eines Rechtsanwaltes zu bedienen und, soweit keine Anwaltpflicht besteht, gebührt ihnen kein entsprechender Kostenzuspruch. Das dadurch fehlende Prozesskostenrisiko begünstigt zudem die Verfahrenseegner des Landes.

In Entsprechung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Gebotes der wirtschaftlichen Effizienz ist daher sicherzustellen, dass den Landeseinrichtungen bei entsprechender Qualifikation der Bediensteten auch entsprechende Rechte eingeräumt werden.

Die Länder können sich zwar im Einvernehmen mit der Finanzprokurator von dieser vor Gericht vertreten lassen (§ 3 Abs. 2 Z. 4), haben aber dafür ein angemessenes Entgelt zu entrichten (§ 8 Abs. 3). Die freie Entscheidungsmöglichkeit hinsichtlich der Vertretung sowohl für das Land als auch für die Finanzprokurator wird grundsätzlich, insbesondere im Hinblick auf allfällige Interessenkollisionen, als notwendig angesehen. Kommt aber die Vertretung durch die Finanzprokurator nicht in Betracht, so muss sich das Land bei Anwaltpflicht eines Rechtsanwaltes bedienen.

Den Ländern sind daher aus bundesstaatlichen, gleichheitsrechtlichen und wirtschaftlichen Erwägungen entsprechende Vertretungsbefugnisse und ein entsprechendes Recht auf Kostenersatz einzuräumen.

Weiters wird angeregt, die Befugnis der Finanzprokurator zur „Sicherung und Einbringung von frommen (gemeinnützigen) Zuwendungen von Todes wegen“ (§ 3 Abs. 3) näher zu konkretisieren, um Eingriffe in die Landeskompentenz im Bereich des Stiftungs- und Fondswesens zu vermeiden.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme wird unter einem auch dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die Landesregierung:

Dr. Liener  
Landesamtsdirektor